



NR°4

November 2021

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Rebekka Suter

ERFOLGREICHE HALBZEITBILANZ FÜR MENSCH UND UMWELT

A.Z.B.
3001 Bern

Im Jubiläumsjahr 2019 durfte die EVP Schweiz bei den eidgenössischen Wahlen mit drei statt bisher zwei Mandaten im Nationalrat Einsitz nehmen. Die Bilanz zur Halblegislatur 2021 kann sich sehen lassen. Das EVP-Engagement im Rat und die daraus resultierenden Erfolge stärkten Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde in der Schweiz.

Einen Vorstoss für mehr Ressourcen im Kampf gegen den Menschenhandel überwies die Mehrheit des Nationalrates ebenso an den Ständerat wie Motionen, die längere Garantiefrieten für eine erhöhte Lebensdauer elektrischer Geräte oder ein nationales Haus der Frauen fordern. Einen Vorstoss zur Prüfung neuer Pflegemodelle nahm der Rat ebenso an wie ein Postulat für eine schweizerische Strategie für Afrika.

Mit Geduld und Kompromissbereitschaft konnten griffige Gegenvorschläge zu den beiden Initiativen für mehr Transparenz in der Politik und gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer erfolgreich durch beide Räte gebracht werden. Zusammen

mit jungen Ratsmitgliedern anderer Parteien gelang es, in letzter Minute eine Verschärfung des Zivildienstes kurz vor der Schlussabstimmung noch zu verhindern.

Engagement mit Herzblut

Auch mit ihren weiteren Vorstössen setzten sich die EVP-Ratsmitglieder während der ersten Hälfte der Legislatur für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde ein. So etwa mit Motionen für einen eigenen Straftatbestand bei Arbeitsausbeutung, zur Einführung des Nordischen Modells gegen sexuelle Ausbeutung, für die Förderung des sozialen Unternehmertums, aber auch für die Befreiung von Bio-Gas von

der CO₂-Abgabe, für umweltverträgliche Zigarettenfilter sowie für ein Recht auf eine gesunde Umwelt und eigene Rechte für die Natur.

Die Förderung der Freiwilligenarbeit, massvolle Covid-19-Massnahmen sowie die Rechte von Menschen mit Behinderungen waren ebenfalls Themen, für die sich die Ratsmitglieder der EVP ebenso engagierten wie für mehr Biodiversität sowie gegen Pestizide und das Insektensterben. Auch setzten sie sich für den Schutz Jugendlicher vor Pornografie im Internet, religiöser und ethnischer Minderheiten in Sri Lanka sowie der Menschen in Bergkarabach ein.

ORGANSPENDE 2

Nach dem Tod automatisch Organspender? Das soll das Volk entscheiden. Die EVP unterstützt das Referendum.

PFLEGENOTSTAND 4 – 5

40 (!) Prozent der Pflegenden steigen ausgebrannt aus. Wie die Pflegeinitiative das ändern will – das Interview.

PROSTITUTION 12

Der schwedische Polizeiinspektor Simon Häggström zeigte am Fokustag, wie das Nordische Modell funktioniert.

EDITORIAL



Foto: Rebekka Suter

DARÜBER MUSS DAS VOLK ENTSCHEIDEN!

Heute dürfen in der Schweiz einer verstorbenen Person nur dann Organe entnommen werden, wenn diese dazu ihr Einverständnis erklärt hat. In der Schweiz fehlt es allerdings an lebensrettenden Organen. Allein 2019 standen mehr als 1 400 Menschen auf der Warteliste für ein passendes Organ – und nicht für alle kam es rechtzeitig. Heute kann man seine Bereitschaft zur Spende unter anderem im Nationalen Organspenderegister oder in einen Organspendeausweis eintragen. Doch nur Wenige tun dies. Auch die Angehörigen kennen den Willen der verstorbenen Person häufig nicht. Aufgrund dieser Situation wurde eine Volksinitiative eingereicht, welche die sogenannte Widerspruchslösung einführen will: Den Verstorbenen dürfen prinzipiell Organe entnommen werden, es sei denn, sie haben sich zu Lebzeiten explizit dagegen ausgesprochen. Das Parlament verabschiedete in der Herbstsession einen Gegenvorschlag, die erweiterte Widerspruchslösung: Die Angehörigen müssen vor der Entnahme befragt werden, so dass sie den Willen der verstorbenen Person einbringen können.

Der Handlungsbedarf steht ausser Frage: Die grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende ist laut Umfragen vorhanden, doch zu wenig dokumentiert. Auch herrscht ein Informationsdefizit. Doch die Widerspruchslösung, selbst die erweiterte, wäre nicht nur ein Paradigmenwechsel, sondern auch ein massiver Eingriff in die körperliche Integrität der Menschen. Mit dieser neuen Regelung würde auch der Druck auf die Angehörigen massiv erhöht.

Wir EVP-Ratsmitglieder hatten uns für das sogenannte Erklärungsmodell eingesetzt: Jeder und jede würde regelmässig (zum Beispiel bei der Passverlängerung oder beim Hausarzt) motiviert, sich mit der Frage der persönlichen Organspende auseinanderzusetzen und seinen Willen dann auch zu erklären. Diese Lösung, die auch die nationale Ethikkommission vorschlug, hatte leider im Parlament keine Chance.

Ein Referendum, unter anderem mit Marianne Streiff im Co-Präsidium, sammelt nun Unterschriften gegen die erweiterte Widerspruchslösung. Es ist zentral, dass das Volk über eine derart gewichtige, zutiefst persönliche Frage abstimmen kann. Herzlichen Dank, dass Ihr in Eurem Umfeld tatkräftig

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

Chefredaktion und Grafik: Dirk Meisel

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg, 031 351 71 71

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: François Bachmann, Nik Gugger, Philippe Messerli, Dirk Meisel, Daniel Reuter, Yvonne Ribl, Roman Rutz, Sara Schnegg (Lektorat), Philippe Siraut, Marianne Streiff, Lilian Studer, Mark Wisskirchen **Herzlichen Dank allen!**

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 18. September 2021 für die Abstimmungen vom 28. November 2021:



VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE STARKE PFLEGE» (PFLEGEINITIATIVE)

JA



COVID-19-GESETZ

JA



**VOLKSINITIATIVE «BESTIMMUNG DER BUNDESRICHTERIN-
NEN UND BUNDESRICHTER IM
LOSVERFAHREN
(JUSTIZ-INITIATIVE)»**

NEIN

Unterschriften sammelt, damit das Referendum zustande kommt.

Herzlich

Lilian Studer

Unterschreiben Sie und Ihr Umfeld am besten gleich!
UNTERSCHRIFTENBÖGEN
zum Download und Ausdrucken:
evppev.ch/organspende
oder bestellen Sie unter:
031 351 71 71 oder
sekretariat@evppev.ch

EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



[@evppev](https://twitter.com/evppev)



[evppev](https://www.instagram.com/evppev)

KOMMENTAR



Foto: zVg

«Ihr werdet frei sein...»

Anhänger einer hemmungslosen Liberalisierung versprechen in unserer westlichen Welt Freiheit auf allen Ebenen. Nach dem Abbau der Handelshemmnisse wird nun die Gesellschaft liberalisiert. Selbst ehemals christliche Parteien und religiöse Institutionen passen sich wertemässig an oder schweigen, derweil sich der Raubbau am Planeten, Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Angriffe auf Andersdenkende ausbreiten. Resonanz unter Gleichgesinnten auf «Social» Media lässt uns abstumpfen. Was können wir schon tun für Flüchtlinge auf dem Mittelmeer, Bürgerkriegsopfer im Mittleren Osten, religiös Verfolgte in China oder vom Meeresspiegel bedrohte Menschen in Bangladesch? Sogar hinter den Massnahmen zur Eindämmung der COVID-Pandemie wittern wir – dank der Hosentaschen-Einflüsterer – eine Verschwörung gegen unsere sakrosankte individuelle «Freiheit»! Den gigantischen finanziellen und ökologischen Schuldenberg, den wir durch unser verantwortungsfreies Haushalten aufhäufen, übersehen wir dabei geflissentlich... Als EVP sind wir politisch – und als Nachfolger Jesu auch privat – gefordert, dafür einzustehen, dass Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde nicht auf dem Altar dieser falschen «Freiheit» geopfert werden. Unbequem? Durchaus. Aber notwendig – aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt!

FRANÇOIS BACHMANN
VIZEPRÄSIDENT EVP CH
f.bachmann@gmail.com

FORTSETZUNG SEITE 1 HALBZEITBILANZ

Unschlagbar im Brückenbau

Dabei agierten unsere Ratsmitglieder offenbar ganz im Geiste der Gründungsväter der EVP: Zur Halbzeit der Legislatur belegte im August eine erstmals durchgeführte breit angelegte Auswertung von CH Media: Die zwei grössten Brückenbauenden unter den 200 Nationalrätinnen und Nationalräten heissen Nik Gugger und Marianne Streiff von der EVP! Sie seien unschlagbar «Meister darin, politische Brücken zu bauen». Dabei war ausgewertet worden, wie viel parteiübergreifende Unterstützung sich die Politikerinnen und Politiker via Unterschriften unter ihre Vorstösse gesichert hatten, indem sie auf Ratsmitglieder anderer Parteien zuzugingen und diese für ihre Anliegen überzeugten.

Zünglein an der Waage

Bei knappen Entscheidungen im Rat wird oft «vom Zünglein an der Waage» gesprochen. Mit drei Sitzen mitten im politischen Zentrum sind es immer wieder mal die drei EVP-Nationalratsmitglieder, deren Stimmen eine Entscheidung ausmachen. Dabei ist die Rechnung einfach: Ändert sich ein Abstimmungsresultat, wenn die drei EVP-Ratsmitglieder anders gestimmt hätten, wären die EVP-Stimmen für den Ausgang der Abstimmung entscheidend (natürlich können das auch andere Gruppen für sich in Anspruch nehmen). In dieser Legislaturhälfte war dies insgesamt 50 Mal der Fall. Prominenteste Abstimmung war dabei eine umstrittene Regelung bei den Kriegsmaterialexporten. Die Abstimmung machte schliesslich den Rückzug der Korrektur-Initiative möglich.

Bilanz Volksabstimmungen

Politologen werten gerne aus, wie oft Parteiparolen mit den Ergebnissen bei Volksabstimmungen übereinstimmen, wie oft also eine Partei «richtig gelegen ist» mit ihrer Parole. Selbstverständlich fasst die jeweilige Delegiertenversammlung der EVP ihre Parolen nicht nach der mutmasslichen Volksmeinung, sondern vielmehr nach den eigenen Werten und Überzeugungen – und die weichen denn immer auch mal wieder mutig von der Mehrheit in der Bevölkerung ab. Allzu oft ist das Volk denn auch nicht den Parolen der EVP ge-



Foto: Rebekka Suter

Der Brückenbauerindex belegt: Die EVP-Ratsmitglieder überzeugen im Nationalrat immer wieder mit ihren Brückenbauer-Qualitäten.

folgt: 2020 in 6 von 9 Abstimmungen, 2021 bisher nur in 2 von 10.

Besonders bei knappen Abstimmungsresultaten kann die Wählerbasis der EVP auch mal eine Abstimmung entscheiden. 2020 wurde das Jagdgesetz äusserst knapp abgelehnt, die Beschaffung der Kampfflugzeuge sowie die Konzernverantwortungs-Initiative (beim Volksmehr), knapp angenommen. Bei allen diesen Abstimmungen dürfte die EVP-Basis die Abstimmungen in die eine oder andere Richtung entschieden haben.

Erfolgreiche Bilanz bei kantonalen Wahlen

Parteistrategen und Medienkonzerne bestimmen anhand von Wahlbefragungen und kantonalen Wahlergebnissen seit den letzten Nationalratswahlen den Formstand der Parteien. Die EVP scheint gut im Schuss

zu sein: Die Wahlbefragung von SRF im Oktober 2021 bescheinigt der EVP einen stabilen Wähleranteil und bei den kantonalen Wahlen steht die EVP mit 6 Sitzgewinnen neben Grüne und glp auf dem Podest. Während alle anderen Parteien Mandate verloren, konnte die EVP als einzige Partei ohne «grün» im Namen Sitze dazugewinnen. Für die EVP wichtig sind nun die Berner Wahlen im März 2022, wo um jeden einzelnen der 10 Sitze gekämpft werden muss – damit die positive Bilanz hoffentlich auch in die zweite Legislaturhälfte mitgenommen werden kann.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Michèle Moser
kingnature AG



Marco Fuhrer
Burn & Künzi AG



Jasmin Hirschi
Christliche Schule
Bern



Roman Rutz
Evangelische
Volkspartei (EVP)

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperita.ch

Anzeige

«VIELE PFLEGENDE SIND AUSGEBRANNT UND SEHEN KEINE PERSPEKTIVE MEHR IN IHREM BERUF.»

Emotional erschöpfte und desillusionierte Pflegefachkräfte steigen scharenweise aus ihrem Beruf aus - und dies nicht erst seit Corona. Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des Berufsverbands über die eigenen Nächte an der Front, die Gründe für den Massenexodus, weshalb sich die Pflegeinitiative menschlich wie wirtschaftlich lohnt und der Gegenvorschlag nicht ausreicht.

Foto: zVg



Yvonne Ribi, 45
wohnhaft in Zürich, dipl. Pflegefachfrau HF, MBA in Management von Nonprofitorganisationen, seit 2012 Geschäftsführerin vom SBK, dem Berufsverband der Pflegefachpersonen

Frau Ribi, Sie selbst sind diplomierte Pflegefachfrau. Erinnern Sie sich aus Ihrer Zeit an der Front an Überlastungssituationen im Spital, die Ihnen eingefahren sind?

Ja sicher, das gab es oft. Ich erinnere mich an Nacht- oder Spätdienste, bei denen ich allem hinterher gerannt bin, keine Zeit hatte für die Patientinnen und Patienten, an Notfall- und Reanimationssituationen, die ich lange nicht verarbeitet habe. Der Unterschied zwischen damals und heute liegt darin, dass solche Stresssituationen heute Alltag sind.

Die Covid-19-Pandemie hat Spitäler und Pflegende für alle sichtbar an den Anschlag gebracht. Heisst das, die angespannte Situation beruhigt sich wieder, wenn Corona endlich durch ist?

Im Gegenteil. Die Pandemie hat die Probleme öffentlich sichtbar gemacht, die in der Pflege seit Jahren bestehen. Beispielsweise wissen wir aus den Berichten der Gesundheitsdirektorenkonferenz und Odasanté seit 2009, dass wir viel zu wenig Pflegefachpersonen ausbilden. Die neu-

en Berichte bestätigen das. Die Zahlen konnten zwar gesteigert werden, reichen aber bei weitem nicht aus, um den zusätzlichen Bedarf zu decken.

40 Prozent der Pflegefachkräfte verlassen ihren Beruf frühzeitig. Welche Gründe nennen die Betroffenen für ihren Ausstieg?

Hauptgrund ist die emotionale Erschöpfung. Wir müssen leider davon ausgehen, dass die Pandemie diese Entwicklung weiter beschleunigt. Viele Pflegende sind ausgebrannt und sehen keine Perspektive mehr in ihrem Beruf.

Welche Massnahmen bräuchte es, um diese frühzeitigen Ausstiege zu verhindern?

Die wohl wichtigste Massnahme ist, dass die Pflegenden mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten haben und die kranken, verunfallten oder sterbenden Menschen fachlich so pflegen können, wie es ihre Situation, aber auch unser Berufsethos verlangt. Deshalb braucht es den Grundsatz einer Verhältniszahl zwischen Pflegenden und Patienten im Gesetz. Nationale und internationale Studien zeigen klar, dass wenn im Spital rund 80% der Pflegeleistungen von Pflegefachpersonen erbracht werden, die Komplikationen bei den Patienten abnehmen, die Liegedauer sinkt und sogar die Sterblichkeit bei den Patienten reduziert wird. Das lohnt sich menschlich und finanziell.

Genauso wichtig ist, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Hier geht es zum Beispiel um eine verbindliche Zeit- und Dienstplanung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Massnahmen können aber nur umgesetzt werden, wenn die Betriebe genügend finanzielle Mittel haben. Und hier ist der Bund zuständig, denn er setzt über die Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen die entsprechenden Leitplanken.

Der Gegenvorschlag des Parlaments nimmt wesentliche Anliegen der Initiative auf, wie z.B. die Ausbildungsoffensive. Sie sind jedoch der Meinung, er reicht nicht. Weshalb?

Der Gegenvorschlag beinhaltet v.a. eine Ausbildungsoffensive, um gegen den Pflegenotstand vorzugehen. Massnahmen, damit die Ausgebildeten im Beruf bleiben und die Pflegequalität gesichert wird, fehlen gänzlich.

Aber löst der Gegenvorschlag nicht zumindest diejenigen Probleme, die auf Bundesebene angegangen werden können? Elemente wie Arbeitsbedingungen, Schichtpläne oder Löhne sind doch Angelegenheit der Sozialpartner, Spitäler und Kantone?

Der Bund setzt den Rahmen für die Arbeitsbedingungen. Beispielsweise sind das Arbeitsgesetz mit seinen Verordnungen und das Obligationenrecht Bundesgesetze! Zudem gibt das KVG die Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen vor. Sowohl das Parlament als auch der Bundesrat haben hier ganz klar Verantwortung zu übernehmen, um die teils desolate Situation zu lösen. Den Arbeitgebern und Kantonen allein ist dies in den letzten 15 Jahren nicht ge-

lungen.

Kritiker befürchten, dass bei einer Annahme der Initiative das entsprechende Umsetzungsgesetz mehrere Jahre dauern dürfte, während der Gegenvorschlag sofort greifen würde. Wäre hier nicht der Spatz in der Hand hilfreicher als die Taube auf dem Dach?

Die Umsetzung der Ausbildungsoffensive im Gegenvorschlag dürfte wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen in den Kantonen Jahre dauern! Wir haben in den Übergangsbestimmungen der Initiative dagegen festgelegt, dass Massnahmen gegen den Mangel an Pflegefachpersonen innerhalb von 18 Monaten vom Bundesrat erlassen werden müssen.

Welche Entwicklungen sehen Sie, wenn die Initiative abgelehnt wird?

Dann steht die pflegerische Versorgung in der Schweiz auf dem Spiel. Patienten sind in Gefahr, wenn nicht genügend gut ausgebildetes Pflegepersonal vorhanden ist. Es geht bei unserem Beruf um kranke und verunfallte Menschen, nicht um Maschinen.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch
.....



Foto: pixabay.com

Genügend Pflegefachpersonen lohnen sich menschlich und finanziell: Weniger Komplikationen, sinkende Liegedauer und Sterberate.

«WIR MÜSSEN SO SCHNELL WIE MÖGLICH EINEN WIEDERANNÄHERUNGSPROZESS MIT DER EU ERÖFFNEN.»

Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU konnte so, wie es vorlag, nicht unterschrieben werden. Die Verhandlungen jedoch ohne einen Plan B abubrechen, hält EVP-Aussenpolitiker Nik Gugger für riskant. Jetzt brauche es schnellstmöglich eine Wiederannäherung sowie einen grundlegenden Prozess zum Aufbau gegenseitigen Verständnisses – und ein zwischenzeitliches Abkommen, damit der Schweiz in den nächsten Wintern nicht der Strom ausgeht.

Nik, nachdem der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU platzen liess, sagt diese klar: Ohne diesen Rahmenvertrag werde es keine neuen Abkommen geben und die bisherigen bilateralen Abkommen würden veralten und nicht mehr erneuert. War es richtig, die Verhandlungen um das Rahmenabkommen einseitig abubrechen?

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU erscheint verworrener denn je. Nach jahrelangen Verhandlungen erkannte der Bundesrat, dass der vorliegende Vertragsentwurf in der Schweiz nicht mehrheitsfähig ist und brach die Verhandlungen, für viele und auch für mich überraschend, Ende Mai ab. Dass das institutionelle Rahmenabkommen in der vorgeschlagenen Form nicht unterschrieben werden kann, ist nachvollziehbar. Andererseits hätte ein Abbruch der Verhandlungen aus meiner Sicht nicht ohne einen Plan B erfolgen dürfen.

Weshalb ist es so weit gekommen?

Die bisherigen Verhandlungen, der Abbruch und auch die öffentlichen Diskussionen darüber zeigen im Grunde ein tiefes gegenseitiges Unverständnis. Es stimmt mich nachdenklich, wie wenig wir hier in der Schweiz über unseren wichtigsten Handlungspartner wissen. Sei es über die Geschichte, die Zielsetzungen oder das Funktionieren der EU und ihres Binnenmarktes, sei es über ihre Strukturen und Institutionen, aber auch über ihre Bedeutung und Verdienste für Europa. Die meisten von uns kennen nicht einmal die Unterschiede zum EWR oder der EFTA. Das ist schon ernüchternd.

Dass auf der anderen Seite die EU die Bedeutung der Souveränität des Schweizer Volkes für dessen Selbstbewusstsein, aber auch die politische, wirtschaftliche und sozi-

ale Konsistenz der Schweiz weitgehend übergeht, zeugt ebenfalls von wenig Verstehen und Verständnis – ebenso wie die unter Nachbarn fragwürdigen Drohungen und Sanktionen, etwa bei der Börsenäquivalenz oder beim Abbau der technischen Handelshemmnisse.

Dieses gegenseitige Unverständnis war wohl der Hauptgrund für den Abbruch der Verhandlungen – und konnte auch nicht durch punktuelle Korrekturen am Entwurf behoben werden. Selbst wenn die EU in einzelnen Punkten Zugeständnisse gemacht hätte, wäre das erhebliche Risiko eines nachträglichen Volks-Neins an der Urne bestehen geblieben – und ein solches negatives Verdikt hätte das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU noch mehr beschädigt und die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien um Jahre zurückgeworfen.

Wie geht es jetzt weiter? Übernehmen jetzt die Parlamentarier das Zepher, weil der Bundesrat versagt hat?

Ich denke, dass nun so schnell wie möglich ein Wiederannäherungsprozess mit der EU eröffnet werden muss und da sind alle gefordert.

Welche konkreten Handlungsoptionen siehst du, um dem Verhältnis EU – Schweiz wieder eine stabile Basis zu geben?

Angesichts des Unverständnisses auf beiden Seiten macht es aus meiner Sicht Sinn, dass der Bundesrat die EU einlädt, zusammen mit der Schweiz einen Prozess zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses einzuleiten. Das ist dringend notwendig. EU-Vertreter sprechen sogar von Feindbildern, die in der Schweiz im Verhältnis zur EU aufgestellt werden und von gegenseitiger Entfremdung. Es geht darum, mit gemeinsamen Aktionen in der Schweiz und in Brüssel auf eine gegenseitige Sensibilisierung hinzuwirken.



Fotos: pixabay.com

Es braucht eine solide Grundlage gegenseitigen Verstehens für eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz.

Und wie soll das konkret aussehen?

Das könnten in der Schweiz öffentliche Veranstaltungen sein, an denen zum Beispiel hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus der EU und der Schweiz nicht nur die Europäische Union diskutieren, sondern auch das europäische Umfeld z.B. den EWR und die EFTA sowie deren wirtschaftliche und politische Bedeutung für die Schweiz. Andererseits braucht es solche Veranstaltungen bei den massgeblichen Institutionen in Bern und Brüssel, um die Schweiz und ihr föderalistisches, direktdemokratisches System sowie ihre geo- und wirtschaftspolitische Situation vorzustellen. Die diplomatischen Vertretungen in der Schweiz, insbesondere auch der osteuropäischen EU-Länder, sollten dabei ebenfalls einbezogen werden. Informations- und Wissensvermittlung an den Schulen, Partnerschaften und Schüleraustausche wären ebenfalls sehr beziehungsfördernd.

Aber wirken solche Massnahmen nicht eher langfristig?

Das ist auch das Ziel, denn nur so kann eine solide Grundlage für eine nachhaltige Zusammenarbeit geschaffen werden. Der Bundesrat muss nun sofort in diesem Sinne handeln, damit überhaupt noch

eine Chance für ein Abkommen weiterbestehen bleibt. Parallel zu diesem Prozess müsste ein zwischenzeitliches Abkommen mit der EU geschlossen werden, das Verhandlungen zum Beispiel im Strombereich ermöglicht. Die Schweizer Stromwirtschaft befürchtet andernfalls in den nächsten Jahren im Winter mehrtägige Strom-Blackouts, also Versorgungsengpässe mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch**



Foto: zvg

Nik Gugger, 51
wohnhaft in Winterthur,
Nationalrat EVP, Mitglied der
Aussenpolitischen Kommission
und des Europarates

DER PFLEGENOTSTAND IST REALITÄT. ES BRAUCHT DIE NACHHALTIGEN LÖSUNGEN DER INITIATIVE

Kaum ist der Applaus auf den Balkonen für das Pflegepersonal in der Covid-19-Pandemie verhallt, stimmen wir am 28. November über die Pflegeinitiative ab. Diese wurde jedoch nicht etwa als Reaktion auf die ausserordentliche Krise lanciert, sondern bereits 2017. Denn der drohende Pflegenotstand zeichnet sich schon lange ab. Wird die Initiative abgelehnt, tritt ein Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft. Dieser nimmt jedoch nur zwei der vier Anliegen der Initiative auf. An der chronischen Überlastung der heute tätigen Pflegenden, ihren schwierigen Arbeitsbedingungen und den zahlreichen Berufsausstiegen würde er gar nichts ändern. Deshalb braucht es ein Ja zur Initiative.

Im Wesentlichen sind es drei Gründe, die zum heutigen Mangel an Pflegepersonal geführt haben:

Die Ursachen

1. Der wachsende Pflegebedarf: Dank besserer Lebensbedingungen und Fortschritten in der Medizin steigt unsere Lebenserwartung. Die Zahl der über 65-Jährigen wächst in den nächsten 30 Jahren nach Berechnungen des Bundesamtes für Statistik auf 2,7 Millionen (2014: 1,54 Millionen) und mit ihr auch die Anzahl pflegebedürftiger Menschen, auch derer, die chronisch oder mehrfach erkrankt sind.

2. Der Fachkräftemangel: Bis 2030 benötigt die Schweiz zusätzlich 65'000 qualifizierte Pflegenden. Seit 2014 hat sie jedoch nur 56 Prozent des jährlichen Pflegebedarfs ausgebildet, bei den diplomierten Pflegefachpersonen gar nur 43 Prozent. Ohne ausländische Pflegekräf-

te wäre das schweizerische Gesundheitssystem längst nicht mehr funktionsfähig.

3. Die geringe Verweildauer im Beruf: 40 (!) Prozent der Pflegefachkräfte verlassen ihren Beruf frühzeitig, davon ist ein Drittel jünger als 35 Jahre. Mitte 2020 waren 7900 Stellen im Pflegewesen als vakant ausgeschrieben. Zu wenig Pflegenden müssen zu viele Patientinnen und Patienten pflegen und versuchen, die Vakanzen durch Überzeit zu kompensieren oder indem sie wichtige Tätigkeiten wie Aus- und Übertrittsvorbereitungen oder Gespräche weglassen müssen. Der Pflegenotstand ist also bereits Realität. Auch nach jahrelangem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen geschah politisch auf Bundesebene leider nichts, weshalb die Initiative lanciert werden musste.



Foto: pixabay.com

Mit dem Gegenvorschlag bleibt die chronische Überlastung.

Die Kernforderungen

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», kurz «Pflegeinitiative» stellt deshalb folgende Kernforderungen:

1. Eine Ausbildungsoffensive, um mehr Pflegenden auszubilden: Die Aus- und Weiterbildung in der Pflege muss finanziell unterstützt werden. Es braucht zudem höhere Ausbildungslöhne sowie attraktive Anschlussmöglichkeiten.
2. Genügend Pflegenden auf allen Abteilungen garantieren, um die Pflegequalität zu sichern: Eine Pflegefachperson soll nur für eine maximale Anzahl von Patientinnen und Patienten zuständig sein. Es geht darum Pflegequalität, Patientensicherheit, eine höhere Arbeitszufriedenheit und damit eine längere Verweildauer im Beruf zu gewährleisten.
3. Arbeitsbedingungen verbessern, um Berufsausstiege zu verhindern: Es braucht eine verlässliche Zeit- und Dienstplanung, familienfreundliche Strukturen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sowie eine leistungsgerechte Entlohnung, die den hohen Anforderungen und der hohen Belastung entspricht.
4. Typisch pflegerische Leistungen sollen künftig eigenverantwortlich, ohne administrativen Leerlauf und ärztliche Unterschrift abgerechnet werden dürfen.

Der Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag des Parlaments greift mit einer auf 8 Jahre begrenzten Ausbildungsoffensive sowie der eigenständigen Leistungsabrechnung lediglich zwei Anliegen der Initiative auf. Er ändert leider gar nichts an der chronischen Überlastung der heute tätigen Pflegenden, ihren schwierigen Arbeitsbedingungen und den vielen frühzeitigen Berufsausstiegen. Er beinhaltet keine Massnahmen, um die Arbeitsbedingungen der Pflegenden zu verbessern, die heute im Beruf tätig sind. Es fehlen Massnahmen, um frühzeitige Berufsausstiege zu verhindern und um die Pflegequalität zu sichern. Hinzukommt, dass die Verbesserungen der Initiative erst noch schneller in Kraft treten würden als der Gegenvorschlag des Parlamentes, da die Übergangsbestimmungen der Initiative dies so festschreiben. Damit würden die dringend nötigen Massnahmen gegen den Pflegenotstand entsprechend rascher greifen. Darum braucht es ein Ja zur Pflegeinitiative, fanden auch die Delegierten der EVP Schweiz und fassten einstimmig die Ja-Parole.

MARIANNE STREIFF
NATIONALRÄTIN EVP
marianne.streiff@parl.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Der Pflegenotstand ist Realität:** Bereits heute werden deutlich zu wenige Pflegepersonen ausgebildet, um den steigenden Bedarf zu decken. Es braucht dringend eine Ausbildungsoffensive.
- **Bessere Arbeitsbedingungen:** Um die galoppierenden Berufsausstiege zu stoppen, fordert die Initiative bessere, GAV-konforme Arbeitsbedingungen, verlässliche Zeit- und Dienstpläne, familienfreundliche Strukturen und leistungsgerechte Entlohnung.
- **Gesicherte Pflegequalität:** Genügend Pflegepersonal ist zentral für Pflegequalität und Patientensicherheit.
- **Einsparungen durch Autonomie:** Die ärztliche Verschreibungspflicht für typische Pflegeleistungen ist ineffizient und teuer. Eine eigenverantwortliche Abrechnung verhindert administrative Leerläufe und spart Kosten ein.
- **Gegenvorschlag reicht nicht:** Im Vergleich zur Initiative fehlen bessere Arbeitsbedingungen und ein Personalschlüssel. An der chronischen Überlastung der heute tätigen Pflegenden und den frühzeitigen Berufsausstiegen ändert sich nichts. So kann der Mangel an Pflegekräften nicht gelöst werden.

WICHTIGE GESETZLICHE GRUNDLAGE ZUR BEKÄMPFUNG DER PANDEMIE UND IHRER FOLGEN

Im Juni 2021 hat das Stimmvolk das Covid-19-Gesetz mit 60 Prozent gutgeheissen. Das Parlament aktualisiert das Gesetz fortlaufend nach Stand der Pandemie und Unterstützungsbedarf. Gegen die im März 2021 vorgenommenen Änderungen wurde ebenfalls das Referendum ergriffen, weshalb wir am 28. November erneut über das Gesetz abstimmen. Die Delegierten der EVP sagten im September deutlich Ja zum Covid-19-Gesetz.

Bei dieser erneuten Abstimmung stimmen wir jedoch nur über die Teile des Gesetzes ab, die das Parlament im März 2021 geändert hat: Es hat die Finanzhilfen auf Betroffene ausgeweitet, die bis dahin nicht oder zu wenig unterstützt werden konnten. Es ermöglichte damit erweiterte finanzielle Unterstützung von krisengeschädigten Menschen und Unternehmen mit erweiterten Instrumenten und deutlich mehr Geld, z.B. A-Fonds-perdu-Beiträgen. Das Contact-Tracing zum Unterbrechen der Ansteckungsketten wurde weiterentwickelt und es wurde festgelegt, dass der Bund Covid-Tests fördern und sie finanzieren kann. Zudem legte man die gesetzliche Grundlage für die Impfstoffbeschaffung auch über einen längeren Zeitraum, ebenso für das vom Parlament geforderte Covid-Zertifikat im Rahmen der 3-G-Strategie (genesen, geimpft, getestet), um Auslandsreisen zu erleichtern und bestimmte Veranstaltungen wieder zu ermöglichen. Nationalrat (191:13) und Ständerat (44:0) hatten diese Änderungen im März 2021 deutlich angenommen. Die Gegner, die dagegen das Referendum ergriffen, monierten, dass der Bundesrat die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaft-

lichen und gesellschaftlichen Lebens festlegt und das Gesetz unnötig und extrem sei. Sie stossen sich auch am Covid-Zertifikat, das Ungeimpfte diskriminiere. Dabei ermöglicht doch gerade das Zertifikat dank der 3-G-Optionen (Genesen, geimpft, getestet) Geimpften wie eben auch Nicht-Geimpften wieder an Veranstaltungen teilzunehmen und das Virus – und insbesondere eine Überlastung der Spitalkapazitäten – trotzdem zu bekämpfen. Es ist zudem mit der EU kompatibel und ermöglicht es dadurch Schweizerinnen und Schweizern, wieder ins europäische Ausland zu reisen. Sollte das Stimmvolk die zur Abstimmung vorgelegten Änderungen ablehnen, würden lediglich die geänderten Artikel am 19. März 2022 ausser Kraft treten und nicht das ganze Gesetz. Dies beträfe z.B. zusätzliche Taggelder für Arbeitslose, die Ausweitung der Kurzarbeiterentschädigung oder die Entschädigung für Veranstalter. Auch Covid-Zertifikate für Auslandsreisen könnten nicht mehr ausgestellt werden. Zudem wären die Programme zur Förderung wichtiger medizinischer Güter nicht mehr möglich. Die EVP-Delegierten sagten darum klar ja zum Covid-19-Gesetz. Das Gesetz gibt aus ihrer Sicht eine wichtige Grundlage, die Pandemie zu be-



Foto: pixabay.com

Das Covid-Zertifikat macht es möglich, dass Geimpfte und Ungeimpfte an Veranstaltungen teilnehmen können.

LILIAN STUDER
NATIONALRÄTIN
lilian.studer@parl.ch

kämpfen und deren wirtschaftlichen Schäden einzudämmen.

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Krisenunterstützung:** Die Gesetzesänderung enthält wichtige finanzielle Unterstützung für krisengeschädigte Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmende.
- **Sichere Veranstaltungen:** Dank dem Covid-Zertifikat können Menschen mit und ohne Impfung sicher an Veranstaltungen teilnehmen.
- **Fehlende Alternativen:** Erneute Einschränkungen will niemand. Das temporäre Zertifikat für Geimpfte, Genesene und Getestete ist somit die Alternative, um die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Anzeige

14. und 21. November 2021

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

MACHEN SIE MIT!

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

www.verfolgung.ch

Schweizerische Evangelische Allianz

DAS BUNDESGERICHT IST UNABHÄNGIG

Am 28. November stimmen wir über die sogenannte Justiz-Initiative ab. Sie will, dass Bundesrichter und Bundesrichterrinnen künftig per Losverfahren bestimmt werden. Doch kann das Losglück sicherstellen, dass der oder die Kandidierende gewählt wird, die am besten geeignet ist? Die Delegierten der EVP Schweiz fanden nein und lehnten die Initiative daher deutlich ab.

Heute werden Bundesrichterrinnen und Bundesrichter durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt. Die Gerichtskommission unterbreitet ihr einen Vorschlag. Ähnlich wie bei der Zauberformel im Bundesrat gilt dabei der Grundsatz, dass die Parteien proportional zu ihrer Stärke vertreten sein sollen.

Somit handelt es sich faktisch um eine indirekte Volkswahl. Sie sorgt für Ausgewogenheit, die proportionale Vertretung der Bevölkerung sowie die demokratische Legitimation und damit auch für die Akzeptanz der Urteile. Diese Praxis berücksichtigt die Sprachen ebenso wie Regionen und Parteien. Das bewährte System funktioniert, ist breit abgestützt und wird von allen politischen Lagern getragen. Neben dem Bundesrat empfahlen denn auch der Nationalrat mit 1:191 und der Ständerat mit 0:44 die Initiative beinahe einstimmig zur Ablehnung. Rechts bis links war man sich einig: Keine Experimente mit dem Bundesgericht!

Kein parteipolitischer Einfluss

Die Initianten führen ins Feld, Richterinnen und Richter würden politisch beeinflusst: Doch die Richterinnen und Richter sind laut Bundesverfassung ausdrücklich nur dem Gesetz verpflichtet. Zudem gibt es keine Hinweise, dass sie sich unter Druck

setzen lassen oder ihre Urteile an den Wünschen ihrer Partei ausrichten. Dass Parlament und Parteien gar keinen politischen Einfluss auf «ihre» Richterinnen und Richter nehmen wollen, zeigte zuletzt die Wiederwahl von Bundesrichter Yves Donzallaz. Die SVP empfahl 2020 «ihren» Bundesrichter aus politischen Gründen nicht zur Wiederwahl. Das Parlament wählte ihn aber deutlich wieder und kritisierte die SVP für ihre versuchte Einflussnahme scharf. Natürlich haben auch Richterinnen und Richter politische Einstellungen und Werte, die auch ihre Erwägungen und Entscheide mitprägen können. Doch gerade der Parteienproporz stellt sicher, dass die Werthaltungen am Bundesgericht jene der Bevölkerung abbilden.

Losglück nicht geeignet

Unabhängig dieser Abstimmung braucht es aus Sicht der EVP nur wenige Anpassungen am bestehenden System wie z.B. bei der sogenannten Mandatsabgabe. Oder die Offenheit, auch weiteren Kandidaturen eine Chance zu geben, wenn zum Beispiel jemand parteilos, jedoch sehr gut geeignet ist oder eine Kandidatur mit dem Hintergrund einer kleineren Partei wie der EVP. Doch ein derart wichtiges Amt wie das des Bundesrichters nach dem Glücksverfahren



Die Wahl ans Bundesgericht dem Losglück überlassen?

zu besetzen, ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Denn das Los überlässt die Bestimmung der Bundesrichterrinnen und Bundesrichter dem Zufall. Das Amt bekommen nicht die besten Kandidatinnen und Kandidaten, sondern jene, die am meisten Glück haben. Zudem kann

es passieren, dass eine Partei, eine Region oder auch ein Geschlecht für lange Zeit am Bundesgericht stark unter- oder übervertreten ist.

LILIAN STUDER
NATIONALRÄTIN
lilian.studer@parl.ch



Sammelschluss
27. November 2021

Aktion Weihnachtspäckli

Machen Sie mit! Auf weihnachtspackli.ch finden Sie rund 500 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, wo Sie Ihre Päckli abgeben können.

Päckli für Erwachsene

1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker, 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits, Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), Schreibpapier, Kugelschreiber. Evtl. Ansichtskarten, Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

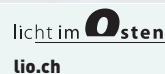
Päckli für Kinder

Schokolade, Biskuits, Süßigkeiten (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), 2 Notizhefte oder -blöcke, Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder Filzstifte, 2-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball, Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc. Evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

Bitte packen Sie alle aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

PC 30-222249-0 | IBAN CH74 0900 0000 3022 2249 0

weihnachtspackli.ch



WAS SPRICHT DAGEGEN?

- Ausgewogenheit des Bundesgerichts:** Durch die Parteivertretungen wird sichergestellt, dass die Wertvorstellungen der Bevölkerung ausgewogen am Gericht vertreten sind und dieses demokratisch legitimiert ist.
- Das bestehende System funktioniert:** Die Praxis nach Vertretung von Sprachen, Regionen und Parteien hat sich bewährt. Alle politischen Lager tragen sie mit.
- Bundesrichterrinnen und -richter sind unabhängig:** Sie sind laut Bundesverfassung nur dem Gesetz verpflichtet. Es gibt keine Hinweise, dass sie ihre Urteile an den Wünschen der Partei ausrichten. Ein derart wichtiges Amt sollte zudem nicht per Losglück besetzt werden.

«ES KANN UNS ALLE TREFFEN!»

Wer denkt, dass Cyber-Attacken nur andere treffen könnte, ist definitiv auf dem Holzweg. Das diesjährige KMU-Forum zum Thema «Herausforderung Cybersecurity: KMU im Wettlauf gegen Cyberpiraten» machte deutlich, wie anfällig unsere Gesellschaft und damit jedes einzelne Unternehmen, KMU, aber auch Privatpersonen auf Cyberangriffe sind. Besonders während der Covid-Krise stiegen Cyberangriffe explosionsartig an, befeuert durch plötzliches Home-office ohne vorgängige Sicherheitsvorkehrungen.

Ob Comparis, die Gemeinde Rolle am Genfersee oder die börsennotierte Unternehmung Huber+Suhner, sie alle haben etwas gemeinsam: In den vergangenen 12 Monaten wurden sie von einem Cyberangriff temporär lahmgelegt und in ihrem Innersten empfindlich getroffen. Das KMU-Forum auf dem Campus von Sunrise UPC machte aber schnell deutlich, dass eben gerade nicht die grösseren Unternehmen, Städte oder Gemeinden die idealen Opfer von dubiosen, topprofessionellen und mafiaähnlichen Gruppierungen sind. Gerade Klein- und Kleinstbetriebe ohne grosse IT-Abteilungen und Sicherheitsvorkehrungen sind anfällig für Angriffe und Erpressungsversuche.

Lösegeldzahlungen sind selten die richtige Entscheidung

Als Referenten konnten ausgewiesene

ne Experten gewonnen werden, die selber tagtäglich Unternehmen begleiten, die von einem Cyberangriff betroffen sind oder – im Fall von Huber+Suhner – selber verantwortlich waren für die Cyber-Task-Force, die kurz vor Weihnachten 2020 gegründet werden musste, um den Betrieb nach einem Angriff wieder sicher hochzufahren.

Genauso wie der Leiter der Abteilung Cybercrime der Kantonspolizei Zürich betonten sie die Notwendigkeit der richtigen Vorkehrungen in allen Betrieben. Ist man dann doch von einem Angriff betroffen, soll unbedingt umgehend die Polizei eingeschaltet werden und keinesfalls vorschnell «Lösegeld» bezahlt werden. «Meistens bezahlt man dann nicht nur einmal, sondern mehrmals», meinte dazu Serdar Günal Rüttsche von der Kapo Zürich.



Ein Fazit des Forums: Auch Klein- und Kleinstbetriebe sind betroffen.



Fotos: Roman Rutz, Dirk Meisel

Nahm die Teilnehmenden mit in die dramatischen Tage des Cyber-Angriffs auf sein Unternehmen: Alexander Graf, CIO Huber + Suhner

Versicherung hilfreich, aber kein Allheilmittel

Auch die Möglichkeit einer Cyberversicherung wurde thematisiert, dessen wichtigste Funktion nicht einmal zwingend der Ersatz beispielsweise für die Verluste eines Betriebsunterbruchs ist. «Oftmals hilft den Kunden am meisten, dass sie schnell und unkompliziert an Experten gelangen, die ihnen in der Situation einer Datenblockierung helfen und mit den Erpressern verhandeln», meinte dazu Jon Plotke von der AS-SEPRO Gruppe. Nicht versicherbar seien aber viele weitere Kollateralschäden eines erfolgreichen Cyberangriffs: Der Reputationsverlust, allfällige Verstösse gegen das Datenschutzgesetz oder das Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen im Darknet. Und nicht zuletzt: «Der

Stress im Unternehmen von Tag 1 der Attacke bis Monate danach alles wieder normal läuft und aufgearbeitet ist, das will kein Unternehmen» resümierte Alexander Graf, CIO von Huber+Suhner.

Zurück blieb die Erkenntnis, dass bei jedem Angriff letztlich eine Person den Gangstern Zugang gewährte, etwa mit dem Klicken auf eine gut getarnte E-Mail. Es blieb aber auch der Appell, dass kaum 26 Kantone einzelne Cybercrime-Abteilungen führen können respektive die Spezialisten der grossen Kantone nicht einfach die Fälle für die kleinen (Halb-)Kantone übernehmen können.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
roman.rutz@evppev.ch



Einführung ins Joint Innovation Center Sunrise UPC

TERMINE 2021

- 06.11. Parteikonferenz
- 27.11. Delegiertenversammlung
- 28.11. Eidgenössische Volksabstimmung
- 29.11. - 17.12. Wintersession d. eidgenöss. Parlaments



KANTON AARGAU

BÄRENSTARKE ZUKUNFT ZUM 100. GEBURTSTAG

Nationalrätin und Parteipräsidentin der EVP Schweiz Lilian Studer wies in ihrer Festrede im aargauischen Grossratssaal auf die prekären wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse vor einhundert Jahren hin, die zur Gründung der EVP führten: Man wollte die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürger-

tum überwinden und mehrheitsfähige Lösungen finden für die gesellschaftlichen Krisen nach dem ersten Weltkrieg. Die Mitglieder der neu gegründeten Partei waren Unternehmer, Landwirte, Ärzte, Lehrer oder Pfarrer. Es war ihnen wichtig, als Christen Verantwortung zu übernehmen und sich für Gerech-

tigkeit und Menschenwürde einzusetzen. Die Bandbreite an Lebenshaltungen zeichnete die EVP aus und war nur möglich durch gegenseitige Wertschätzung und eine gute Streitkultur zugunsten nachhaltiger Lösungen. Damit war und bleibe die EVP attraktiv, auch wenn sie eine Kleinpartei geblieben sei.

Sie müsse sich auch keinesfalls neu erfinden: Ihre Werte blieben dieselben, auch wenn sich politische Themen und gesellschaftliche Bedürfnisse veränderten. Als Präsidentin der EVP Schweiz wünschte sie der EVP Aargau eine bärenstarke Zukunft, die sie in Form eines Berner Mandelbären der Festgesellschaft überbrachte.

Den Blick in die Zukunft richtete Grossrat Uriel Seibert. Er bezeichnete die Hoffnung als zentral, die EVP-ler und EVP-lerinnen aus ihrem Glauben schöpften. Sie gebe eine Gelassenheit gegenüber jeglichen Krisen. Die Werte der EVP hätten eine bessere Performance als gemeinhin angenommen. Viele Menschen in unserem Land schätzen einen respektvollen Umgang mit Mensch und Umwelt.



Foto: zVg

100 Jahre EVP Aargau: Themen und Gesellschaft wandeln sich, aber die Werte sind heute noch aktuell.

Wünscht bärenstarke Zukunft: EVP-Präsidentin Lilian Studer

EVP KANTON AARGAU
barbara.mueller@evp-ag.ch

KANTON FREIBURG



GEMEINSAME LISTE

Am 7. November standen im Kanton Freiburg die Wahlen zum Freiburger Grossrat an. Bei Drucklegung der AKZENTE waren die Ergebnisse noch offen.

Die EVP hatte eine gemeinsame Liste mit der CSP erstellt, einem Partner, der in Freiburg fest verankert ist und dessen Werte den unseren nahe stehen. Die EVP war in mehreren Bezirken vertreten, aber im See-Bezirk war die Präsenz der EVP mit einer starken Liste von acht Kandidaten

am auffälligsten. Und im Bezirk Broye stand Norbert Valley, der bei den nationalen Wahlen ein bemerkenswertes Ergebnis erzielt hatte, auf dem zweiten von elf Plätzen der gemeinsamen Liste mit der CSP.

PHILIPPE SIRAUT, PROJEKT-KOORDINATOR ROMANDIE
philippe.siraut@evppev.ch

KANTON ZÜRICH



ZÜRICH WÄHLT

Am 13. Februar 2022 wählt Zürich die Stadt- und Gemeindebehörden. Die EVP strebt 5 Präsidien und 14 weitere Exekutivämter an. In Winterthur will die EVP einen 5. Sitz im Parlament erobern, in Zürich muss sie die 5%-Hürde überwinden und will mit Roger Föhn in den Stadtrat einziehen. In Bülach (Mark Eberli), Urdorf (Sandra Rottensteiner) und Zell (Regula Ehrismann) verteidigt die EVP 3 bisherige Präsidien, in Affoltern a.A. (Eveline Fenner) und Opfikon (Heidi

Kläusler) strebt sie neue an. In 11 Gemeinden verteidigt die EVP ihre 12 Sitze (2 davon in Pfäffikon ZH) mit 10 Bisherigen und den 2 neuen Kandidatinnen Christiane Ehmman (Dietikon) und Pia Ernst (Wetzikon). Zudem möchte sie neu in Bäretswil und Rüti in den Gemeinderat.

MARK WISSKIRCHEN, GESCHÄFTSFÜHRER EVP KANTON ZÜRICH
mark.wisskirchen@evpz.ch



Foto: zVg

Am 7. November wählte der Kanton Freiburg.

Am 13. Februar 2022 wählt Zürich.

Foto: pixabay.com



MITGLIEDERREKORD MOTIVIERT FÜR WAHLEN

Am 27. März 2022 werden im Kanton Bern der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Die EVP will ihre bisherigen 10 Grossratsmandate halten und wenn möglich in den Wahlkreisen Seeland und Mittelland-Nord je einen Sitz dazu gewinnen. Die EVP bietet den Wählenden eine attraktive Alternative zu den Parteien aus den beiden grossen politischen Blöcken.

Der zweisprachige Kanton Bern ist bezüglich seiner Vielfaltigkeit eine Schweiz im Kleinen – geografisch, kulturell und politisch. Wirtschaftlich starken Städten stehen ein weitgehend landwirtschaftlich geprägtes Umland und karge Bergregionen gegenüber. Gerade im Grossen Rat wird mit dem Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie den angeblich daraus resultierenden Werte- und Interessenkonflikten gerne Politik betrieben. Als christlicher Mittelpartei ist es der EVP deshalb wichtig, diese bestehende Polarisierung zu überwinden und statt-

dessen das Miteinander und die Solidarität im Kanton zu fördern.

Die Voraussetzungen, dass bei den Wahlen 2022 die EVP sowie generell die lösungsorientierten Mitte-Parteien gestärkt werden, stehen gut. Aktuell ist die EVP in allen neun Wahlkreisen mit mindestens einer Grossrätin oder einem Grossrat vertreten, im Wahlkreis Thun sogar mit zwei Vertreterinnen. Mit ihren je fünf Grossrätinnen und Grossräten stellt die EVP-Fraktion im 160-köpfigen Kantonsparlament eine wichtige und prägende politische Kraft dar. In der laufenden Legislatur vermochten die EVP-Grossratsmitglieder in den Bereichen Bildung, Umwelt, Energie und Digitalisierung einige Akzente zu setzen. Alle bisherigen zehn Ratsmitglieder stellen sich zur Wiederwahl. Bei den Regierungswahlen geht die EVP mit der Oberaargauer Bäuerin und Grossrätin Christine Grogg ins Rennen. Als echte Mittelpolitikerin will sie in der Regierung Brücken zwi-

schen den politischen Blöcken schlagen und sich generell für mehr Miteinander im Kanton einsetzen.

Die Wahlbeteiligung wird vermutlich wieder tief sein (rund 30%). Für die EVP stellt dies eine grosse Chance dar. Gelingt es, die eigenen Leute zu mobilisieren und zum Wählen zu motivieren, so läge bei den Grossratswahlen ein Wählendenanteil von 8 % durchaus im Bereich des Möglichen. Der bisherige Höchstwert liegt bei 7.3 % und stammt aus

dem Jahr 2006. Damals errang die EVP 13 Grossratssitze.

Ende September 2021 konnte die EVP Kanton Bern ihr 1525. Mitglied begrüssen. Dies stimmt gerade im Hinblick auf die Wahlen zuversichtlich. Denn so viele Mitglieder hatte die Kantonalpartei in ihrer 102-jährigen Geschichte noch nie!

PHILIPPE MESSERLI, CO-GESCHÄFTSFÜHRER EVP KT. BERN
philippe.messerli@evp-be.ch



Foto: Rebekka Suter

Wenn es gelingt, nur schon die eigenen Leute zur Wahl zu mobilisieren, könnte die EVP-Grossratsfraktion noch Zuwachs bekommen.

LESERBRIEF

WIEDERANERKENNUNG

Mit Interesse habe ich den Bericht über den Besuch Lilian Studers mit Aussenminister Ignazio Cassis in den baltischen Staaten gelesen. Auch ich freue mich über die nun 30 Jahre andauernde Freiheit dieser drei Staaten. Es war übrigens die EVP, die als erste – und viel zu lange einzige – Partei in der Schweiz bereits 1990 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Litauen nach der Unabhängigkeitserklärung von der UdSSR gefordert hatte. Die

offizielle Schweiz zauderte und blieb tatenlos, während im Januar 1991 in der litauischen Hauptstadt Wilna auf friedliche Demonstranten geschossen wurde. Heute erinnert eine würdige Ausstellung am dortigen TV-Turm an diese Bluttat. Erst nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im August 1991 ging es dann mit der Wiederanerkennung Estlands, Lettlands und Litauens durch die Staatengemeinschaft rasch voran. (Daniel Reuter)



Foto: pixabay.com

Litauens Hauptstadt Wilna mit TV-Turm.

ZUM 80. EHRENTAG

SEINER ZEIT VORAUS

Der Umweltpionier, alt Stadt- und Nationalrat Ruedi Aeschbacher feierte am 15. September seinen 80. Geburtstag. In seiner Amtszeit von 1978 bis 1994 als Stadtrat von Zürich profilierte er sich als Pionier mit einer aktiven Umwelt- und Verkehrspolitik. Diese trug ihm den Namen «Schwellenruedi» ein. Er wollte damals «Unmögliches»: Den Verkehr beruhigen, den Veloverkehr fördern und Fussgänger von der Unterführung wieder auf die Strasse bringen.

Im Zürcher Kantonsrat politisierte Ruedi Aeschbacher von 1995 bis 2000, dann von 1999 bis 2010 im Nationalrat. Von 2000 bis 2008 stand er der EVP Schweiz als Präsident vor. Klare ökologische und soziale Grundsätze dientem ihm dabei als Kompass. Das Engagement für Mensch und Umwelt prägte sein Handeln stark und ist noch heute unverändert aktuell. Auch dies zeigt, dass er in vielen Belangen seiner Zeit weit voraus war. (Mark Wisskirchen)



Foto: Andi Plath

Engagiert für Mensch und Umwelt: alt Nationalrat Ruedi Aeschbacher

SEXINDUSTRIE FLORIERT DANK FREIERNACHFRAGE

Die Schweiz ist in Sachen Prostitution eines der liberalsten Länder Europas. Die jährlich bis zu einer Milliarde Profit machen dabei nicht die meist ausländischen Prostituierten. Diese landen meist aus Zwangssituationen heraus im Milieu und tragen lebenslang die körperlichen und psychischen Folgen. Kann das Nordische Modell, bestehend aus Ausstiegshilfen für Prostituierte, Kriminalisierung der Freier und Aufklärungsarbeit, die Situation der Betroffenen in der Schweiz nachhaltig verbessern oder gibt es wirksame Alternativen? Diese Frage stand im Zentrum der Fokustagung der EVP Schweiz mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten aus der Schweiz und aus Schweden.

Zunächst vermittelten Referentinnen und Referenten einen Überblick über die Schweizer Prostitutionsszene. Der Chef der Berner Fremdenpolizei, Alexander Ott stellte das Melde-, Bewilligungs- und Kontrollverfahren vor, mit dem die Stadt Bern u.a. mit obligatorischen Erstgesprächen, Umfeldabklärungen, Milieukennntnis und interkultureller Kompetenz sowie koordiniertem Vorgehen der involvierten Behörden versucht, die Rolle der «intervenierenden und vermittelnden Verwaltung» einzunehmen. Er zeigte auch die Ursachen der Prostitution auf wie Armut, Bildungsferne oder fehlende Perspektiven in den Herkunftsländern. Die Schweiz müsse endlich nicht mehr nur über die Sexarbeit diskutieren, sondern auch über die nicht ziel-führenden Diskurse, die dazu geführt werden.

Peter Widmer, Co-Gründer des Vereins Heartwings, zeigte den Alltag der jungen Mädchen und Frauen im Milieu mit Stillschweigegebot, Gewalt, Druck, Geldabgabe und horrender Abzocke: «Hinter fast jeder Frau steht heute ein System, das finanziell davon profitiert», so Widmer. Polizei und Opferhilfestellen scheiterten oft daran, die faktische



Kontrovers wurden verschiedene Handlungsansätze auf dem Podium diskutiert.

Zuhälterei und Ausbeutung mit vor Gericht verwertbaren Beweisen zu belegen. In einem Video-Beitrag zeigte Psychotherapeutin und Ex-Prostituierte Anna Schreiber auf, was die Arbeit als Prostituierte mit der Psyche einer Frau macht.

Die Co-Geschäftsführerin der Frauenzentrale Zürich, Sandra Plaza bezifferte die Lebenserwartungen der Prostituierten auf zwischen 35 und 40 Jahre. Meist sind es Angehörige ethnischer Minderheiten, diskriminierte Flüchtlinge, Asylanten ohne Aufenthaltbewilligung, Opfer se-

xueller Gewalt sowie Drogen- oder Alkoholabhängige. «Die Demütigung durch sexuelle Gewalt ist so verheerend wie Folter», zitierte Plaza aus dem Scelles-Report. Zwischen 85 und 95 Prozent der Menschen, die sich prostituierten, wollten demnach damit aufhören. Plaza stellte den Tagungsteilnehmenden das Nordische Modell vor mit seinen Säulen Entkriminalisierung aller Frauen in der Prostitution, Kriminalisierung aller Profiteure wie Freier, Zuhälter und Bordellbetreibende, Ausstiegshilfen, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit. Noemi Grütter von Amnesty International stellte dem die Kritik am Nordischen Modell gegenüber. Die Prostitution werde durch ein Sexkaufverbot nicht reduziert, sondern nur in den Untergrund verlagert, wodurch Gewalt und Unsicherheit für die Sexarbeitenden noch verstärkt würden.

Der schwedische Polizeiinspektor und mehrfache Buchautor zum Thema Simon Häggström aus Stockholm entkräftete diese Vorbehalte, indem er über die Erfahrungen der Stockholmer Polizei mit 20 Jahren Freierbestrafung berichtete sowie Evaluationsergebnisse

vorstellte. Häggström benannte die Freier als wesentliche Treiber für den Menschenhandel – denn ohne deren Nachfrage nach Frauen und Kindern für sexuelle Zwecke würde die globale Sexindustrie nicht florieren und expandieren. Das Prostitutionsverhalten schwedischer Männer habe sich über die Jahre signifikant verändert. Auch die Zustimmung zur Freierbestrafung sei in den Jahren zwischen 1996 und 2008 von etwas über 30 Prozent auf über 70 Prozent gestiegen.

Die anschliessende Podiumsrunde, zu der FIZ-Geschäftsführerin Lelia Hunziker sowie Nationalrätin Marianne Streiff stiessen, diskutierte, welche der gehörten Handlungsansätze für die Schweiz nutzbar gemacht werden könnten bzw. welche Anpassungen oder Alternativen es bräuchte. Existenzsichernde Ausstiegsprogramme, Hilfe in den Herkunftsländern sowie Öffentlichkeitskampagnen standen dabei unter anderem im Fokus.

DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch



Sieht die Freier in der Verantwortung: Der Stockholmer Polizeiinspektor und mehrfache Buchautor zum Thema Simon Häggström